

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Tirol vom 17. Mai 2017, mit dem ein Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 12. Mai 2017 betreffend Bundesstaatsreform vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Tirol vom 17. Mai 2017, mit dem ein Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 12. Mai 2017 betreffend "Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Verbesserung der Infrastruktur" vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 15. Mai 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 10. Mai 2017 betreffend "Entlastung - Jetzt! - Kampf gegen die heimliche Steuererhöhung" vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 24. Mai 2017, mit dem ein Beschluss vom 6. Juli 2016 betreffend "Verbot der Patentierung von Pflanzen, Saatgut und Tieren, Verbot der Einfuhr von in Drittstaaten patentierten Pflanzen, Saatgut und Tieren" vorgelegt wird.
5. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 15. Mai 2017, mit dem ein Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 12. Mai 2017 betreffend "BVG zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und zur Verbesserung der Infrastruktur" vorgelegt wird.
6. Schreiben des Bürgermeisters von Linz vom 19. Mai 2017, mit dem eine Resolution vom 18. Mai 2017 betreffend "keine Benachteiligung der Johannes-Kepler-Universität bei der Unifinanzierung" vorgelegt wird.
7. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich vom Mai 2017, mit dem Anträge und Resolutionen der 7. Vollversammlung vom 12. Mai 2017 vorgelegt werden.
8. 250/E-BR/2017 vom 11. Mai 2017 betreffend Erhalt des etablierten Rettungsverbundsystems.
9. E-200-NR/XXV.GP vom 16. Mai 2017 betreffend stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bereits im Vorfeld des parlamentarischen Gesetzgebungsprozesses - ein Umsetzungsschritt der Ergebnisse der Enquete-Kommission "Stärkung der Demokratie in Österreich" (Wortlaut siehe Beilage).
10. E-202-NR/XXV.GP vom 17. Mai 2017 betreffend Nisthilfen für Wildbienen (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 16. Mai 2017

betreffend „stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bereits im Vorfeld des parlamentarischen Gesetzgebungsprozesses – ein Umsetzungsschritt der Ergebnisse der Enquete-Kommission „Stärkung der Demokratie in Österreich“

1. Crowdsourcing-Projekte:

Die jeweiligen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht,

- a) dem Nationalrat rechtzeitig mitzuteilen, wenn sie ein umfangreiches Vorhaben planen, das für einen Crowdsourcing-Prozess tauglich wäre, und
- b) dem Nationalrat nach Abschluss eines derartigen Prozesses schriftlich mitzuteilen, ob eine oder keine Ausarbeitung eines konkreten Gesetzesvorhabens auf Basis der Anregungen erfolgt bzw. welche anderen Maßnahmen als Ergebnis des Crowdsourcing-Prozesses gesetzt werden sollen.

2. Erweitertes Begutachtungsverfahren:

- a) Die Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, Begutachtungsentwürfen im allgemeinen Teil der Erläuterungen einen allgemeinen Teil voranzustellen, der das Vorhaben auf rund einer A4-Seite in verständlicher Sprache darstellt.
- b) Diese Darstellung wird in Folge auf der Homepage des österreichischen Parlaments bei der jeweiligen Begutachtung direkt abrufbar sein, damit sich die Bürgerinnen und Bürger über den Inhalt des Vorhabens einfach und barrierefrei informieren können.
- c) Im neuen erweiterten Begutachtungsverfahren werden auch Stellungnahmen aufgenommen, die von Stellen oder Personen eingebracht wurden, die nicht direkter Adressat der Begutachtung sind. Alle Stellungnahmen müssen für ihre Veröffentlichung der Würde des Nationalrates entsprechen.
- d) Im neuen erweiterten Begutachtungsverfahren soll es analog zu der gegenwärtigen Möglichkeit der Unterstützung von Petitionen und Bürgerinitiativen auf der Homepage des Parlaments möglich sein, auch eingelangte Stellungnahmen zu unterstützen.
- e) Die Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, in der Regierungsvorlage kurz begründet darzustellen, welchen Anregungen, die im Begutachtungsverfahren ergingen, bei der Formulierung der Regierungsvorlage gefolgt wurde.
- f) Der Bundesminister für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien wird ersucht, die notwendigen Anpassungen in den legislativen Richtlinien vorzunehmen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 17. Mai 2017

betreffend Nisthilfen für Wildbienen

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, wird ersucht, weiter über die Bedeutung von Nisthilfen in Gärten und Wäldern für Wildbienen zu informieren und diese durch geeignete Maßnahmen zu fördern.